

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

8. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 21. Januar 1955

Nummer 8

Inhalt

(Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht.)

A. Landesregierung.

B. Ministerpräsident — Staatskanzlei —.

C. Innenminister.

I. Verfassung und Verwaltung: Bek. 7. 1. 1955, Öffentliche Sammlung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. S. 97. — Bek. 7. 1. 1955, Öffentliche Sammlung der Konferenz für kirchliche Bahnhofsmission in Deutschland. S. 97. — RdErl. 11. 1. 1955, Paßwesen; hier: Muster des Reiseausweises nach dem Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. S. 98.
II. Personalangelegenheiten: RdErl. 4. 1. 1955, Ansprüche der ehemaligen Angehörigen der Landesplanungsgemeinschaften nach dem Ges. z. Art. 131 GG. S. 99.

D. Finanzminister.

Bek. 10. 1. 1955, Ortliche Zuständigkeit der Finanzämter Köln-Altstadt, Köln-Nord und Köln-Süd. S. 99.

E. Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Bek. 12. 1. 1955, Ungültigkeitserklärung von Sprengstofflaubnscheinen. S. 100.

F. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

G. Arbeits- und Sozialminister.

RdErl. 30. 12. 1954, Unerlaubte Ausübung des ärztlichen Berufes; hier: Hans-Jacob Boehm, geb. am 12. April 1903 in Dietrichswalde, Kreis Allenstein (Ostpr.). S. 101. — RdErl. 8. 1. 1955, Ungültigkeitserklärung eines Ausweises für staatlich anerkannte Wohlfahrts-pfleger. S. 102. — RdErl. 10. 1. 1955, Ungültigkeitserklärung von Ausweisen. S. 102.

G. Arbeits- und Sozialminister. F. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Gen. RdErl. 11. 1. 1955, Zusammenarbeit der Lebensmittelüberwachung mit dem Landesernährungsamt. S. 104.

H. Kultusminister.

J. Minister für Wiederaufbau.

Mitt. 23. 12. 1954, Vertragswerk zu den WBB für Eigenheime und Kleinsiedlungen; hier: Ankaufs-Heimstätten-Vertrag. S. 104.

K. Justizminister.

C. Innenminister

I. Verfassung und Verwaltung

Öffentliche Sammlung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Bek. d. Innenministers v. 7. 1. 1955 —
I 18—51—10 Nr. 1388/53—72144

Dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Landesverband Nordrhein-Westfalen, Essen, Haus der Technik, habe ich auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Regelung der öffentlichen Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen (Sammlungsgesetz) v. 5. November 1934 (RGBl. I S. 1086) und der Verordnung zur Durchführung des Sammlungsgesetzes v. 14. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1250) die Genehmigung erteilt, im Lande Nordrhein-Westfalen

in der Zeit vom 4. März 1955 bis 10. März 1955 eine öffentliche Geldsammlung durchzuführen.

Als Sammlungsmaßnahmen sind zulässig:

- a) Haussammlung (Sammlung von Haus zu Haus unter Benutzung von Sammellisten),
- b) Straßensammlung (Sammlung auf öffentlichen Straßen und Plätzen und in Gast- und Vergnügungsstätten unter Benutzung von Sammelbüchsen).

— MBl. NW. 1955 S. 97.

Öffentliche Sammlung der Konferenz für kirchliche Bahnhofsmission in Deutschland

Bek. d. Innenministers v. 7. 1. 1955 —
I 18—51—10 Nr. 2017/53—72143

Der Konferenz für kirchliche Bahnhofsmission in Deutschland, Geschäftsstelle Freiburg i. Br., Werthmannhaus, habe ich auf Grund des Gesetzes zur Regelung der öffentlichen Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen (Sammlungsgesetz) v. 5. November 1934 (RGBl. I S. 1086) und der Verordnung zur Durchführung

des Sammlungsgesetzes v. 14. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1250) die Genehmigung erteilt,

in der Zeit vom 1. Januar 1955 bis 31. Dezember 1955

an insgesamt 8 Tagen auf den Bahnhöfen (Bahnhofsgelände) der Deutschen Bundesbahn im Lande Nordrhein-Westfalen eine öffentliche Geldsammlung durchzuführen.

Als Sammlungsmaßnahme ist zulässig: Büchsensammlung auf den Bahnhöfen (Bahnhofsgelände) der Deutschen Bundesbahn.

Zur Durchführung der Sammlung ist rechtzeitig vor Beginn das Einverständnis der zuständigen Eisenbahndirektion der Deutschen Bundesbahn herbeizuführen.

An Tagen, an denen andere Haus- und Straßensammlungen stattfinden, ist eine Sammlung der Bahnhofsmission nicht erlaubt.

— MBl. NW. 1955 S. 97.

Paßwesen; hier: Muster des Reiseausweises nach dem Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge

RdErl. d. Innenministers v. 11. 1. 1955 —
I 13—38—20 Nr. 820/51

Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge v. 28. Juli 1951 (BGBl. II S. 559) ist laut Bekanntmachung v. 25. Mai 1954 (BGBl. II S. 619) seit dem 22. April 1954 zwischen der Bundesrepublik und den in der Bekanntmachung genannten Staaten in Kraft. Außerdem sind inzwischen Großbritannien-Nordirland, Monaco und Frankreich diesem Abkommen beigetreten.

In Anlehnung an das Muster des Reiseausweises, das in der Anlage zum Anhang des vorbezeichneten Abkommens veröffentlicht ist, hat der Bundesminister des Innern ein Muster für die von den deutschen Behörden auszustellenden Reiseausweise bestimmt. Es ist im GMBL 1954 S. 530 und 531 veröffentlicht. Die Vordrucke sind mit Rücksicht auf die überwiegende Auswanderung nach Ländern, in denen englisch gesprochen wird, in deutscher und englischer Sprache gehalten. Sie können ab sofort bei der Bundesdruckerei, Berlin SW 68, Oranienstraße 91, kostenpflichtig bezogen werden.

Da von den Staaten in Übersee, die für die Auswanderung in Frage kommen, bisher nur Australien dem Abkommen beigetreten ist, können bis auf weiteres auch noch internationale Reiseausweise nach dem Londoner Abkommen ausgestellt werden. Welcher Reiseausweis im Einzelfalle auszustellen ist, wird sich nach dem Reisezielland des Bewerbers richten.

Bezug: RdErl. v. 16. 6. 1952 — I 13—38 Nr. 820/51 —.

An die Regierungspräsidenten,
Landkreise und kreisfreien Städte.

— MBl. NW. 1955 S. 98.

II. Personlanglegenheiten

Ansprüche der ehemaligen Angehörigen der Landesplanungsgemeinschaften nach dem Ges. z. Art. 131 GG.

RdErl. d. Innenministers v. 4. 1. 1955 —
II B 3 a—25.117.24—8352/54

Für die Beurteilung der Ansprüche der Dienstangehörigen früherer Landesplanungsgemeinschaften **außerhalb** des Bundesgebietes kommt es darauf an, ob die Landesplanungsgemeinschaften zu den öffentlich-rechtlichen Verbänden von Nichtgebietskörperschaften gehören. Landesplanungsgemeinschaften, die gemäß § 4 Abs. 3 der Ersten Verordnung zur Durchführung der Reichs- und Landesplanung v. 15. Februar 1936 (RGBl. I S. 104) rechtsfähig waren, erfüllen diese Voraussetzungen dann, wenn die Mitglieder der einzelnen Landesplanungsgemeinschaft in ihrer Mehrzahl Gebietskörperschaften waren. Die Dienstangehörigen dieser Landesplanungsgemeinschaften gehören zu dem Personenkreis des § 2 Abs. 1 Nr. 2 des Ges. z. Art. 131 GG.

Dienstangehörige früherer Landesplanungsgemeinschaften **innerhalb** des Bundesgebietes gehören unter den gleichen Voraussetzungen zum Personenkreis des § 82 Abs. 1 Satz 2 Buchst. b des Gesetzes.

An sämtliche Landesbehörden,
die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

— MBl. NW. 1955 S. 99.

D. Finanzminister

Örtliche Zuständigkeit der Finanzämter Köln-Altstadt, Köln-Nord und Köln-Süd

Bek. d. Finanzministers v. 10. 1. 1955 —
02100 — 68 — II B 2

Gemäß § 21 Abs. 2 des Gesetzes über die Finanzverwaltung v. 6. September 1950 (BGBl. S. 448) in der Fassung des Zweiten Überleitungsgesetzes v. 21. August 1951 (BGBl. I S. 774) wird hinsichtlich der örtlichen Zuständigkeit der Finanzämter Köln-Altstadt, Köln-Nord und Köln-Süd mit Wirkung vom 1. Februar 1955 die nachstehende Regelung getroffen. Der sachliche Aufgabenbereich bleibt unverändert.

Es sind zuständig:

- Finanzamt Köln - Altstadt für den linksrheinischen Teil des Stadtkreises Köln, umgrenzt von Rhein-Mitte in Höhe der Mittellinie Frohngasse bis Südbrücke, dem Bahndamm der Bundesbahn bis Bahnüberführung Eifelstraße, dem Eifelwall (einschließlich), der Luxemburger Straße bis Bahnüberführung (ausschließlich), der Offenbachstraße (einschließlich), der Zülpicher Straße bis Bahnüberführung (ausschließlich), dem Zülpicher Wall (einschließlich), der Bachemer Straße (ausschließlich), der Mittellinie Universitätsstraße bis Aachener Straße, der Mittellinie Innere Kanalstraße, der Mittellinie Frohngasse bis Rhein-Mitte;
- Finanzamt Köln - Nord für den linksrheinischen Teil des Stadtkreises Köln, umgrenzt von Rhein-Mitte ab nördlicher Stadtgrenze bis Höhe Mittellinie Frohngasse, der Mittellinie Innere Kanalstraße bis Woensamstraße, der Woensamstraße (ausschließlich), der

Piusstraße bis Nordostecke Friedhof Melaten (einschließlich), der Nordseite des Friedhofs Melaten, der Nordwestecke Friedhof Melaten bis Oskar-Jäger-Straße, der Oskar-Jäger-Straße von Melatengürtel bis Stolberger Straße (einschließlich), der Stolberger Straße (ausschließlich), der Elsenborner Straße (ausschließlich), der Alsdorfer Straße (ausschließlich), des Maarswegs von Alsdorfer Straße bis Stolberger Straße (einschließlich), der Stolberger Straße (ausschließlich), der Gürtelbahn nordwärts bis Bundesbahnstrecke Köln—Aachen (einschließlich), der Bundesbahnstrecke Köln—Aachen—Mönchen-Gladbach (ausschließlich) bis 250 m südlich der Kreuzung Vogelsanger Straße und Militärringstraße, der Stadtgrenze nordwärts bis Rhein-Mitte;

- Finanzamt Köln - Süd für den linksrheinischen Teil des Stadtkreises Köln, umgrenzt von Rhein-Mitte ab südlicher Stadtgrenze bis Südbrücke, dem Bahndamm der Bundesbahn bis Bahnüberführung Eifelstraße, dem Eifelwall (ausschließlich), der Luxemburger Straße bis Bahnüberführung (einschließlich), der Offenbachstraße (ausschließlich), der Zülpicher Straße bis Bahnüberführung (einschließlich), dem Zülpicher Wall (ausschließlich), der Bachemer Straße (einschließlich), der Mittellinie Universitätsstraße bis Aachener Straße, der Mittellinie Innere Kanalstraße bis Woensamstraße, der Woensamstraße (einschließlich), der Piusstraße bis Nordostecke Friedhof Melaten (ausschließlich), der Nordseite Friedhof Melaten, der Nordwestecke Friedhof Melaten bis Oskar-Jäger-Straße, der Oskar-Jäger-Straße von Melatengürtel bis Stolberger Straße (ausschließlich), der Stolberger Straße (einschließlich), der Elsenborner Straße (einschließlich), der Alsdorfer Straße (einschließlich), des Maarswegs von Alsdorfer Straße bis Stolberger Straße (ausschließlich) der Stolberger Straße (einschließlich) der Gürtelbahn nordwärts bis Bundesbahnstrecke Köln—Aachen (ausschließlich), der Bundesbahnstrecke Köln—Aachen—Mönchen-Gladbach (einschließlich) bis 250 m südlich der Kreuzung Vogelsanger Straße und Militärringstraße, der Stadtgrenze südwärts bis Rhein-Mitte.

— MBl. NW. 1955 S. 99.

E. Minister für Wirtschaft und Verkehr

Ungültigkeitserklärung von Sprengstofflerlaubnisscheinen

Bek. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr
v. 12. 1. 1955 — III/6 — 171 — 34.9 — 1/55

Auf Grund des § 7 der Sprengstofflerlaubnisscheinverordnung v. 15. 7. 1924 (HMBL. S. 198) mit Änderung v. 11. 1. 1936 (Gesetzsamml. S. 11) und 17. 10. 1941 (Gesetzsamml. S. 51) werden nachstehende Sprengstofflerlaubnisscheine für ungültig erklärt:

Name u. Wohnort des Inhabers	Muster, Nummer und Datum	Aussteller
Müller, Johann Eschweiler	B Nr. 8/52 vom 10. 3. 1952	Bergamt Aachen-Süd
Bürger, Wilhelm Buchholz ü. Hattingen	B Nr. 7/53 vom 4. 5. 1953	Bergamt Bochum 2
Oberste-Kleinbeck, Rudolf Herbede-Waldecke üb. Witten (Ruhr)	C Nr. 2/53 vom 20. 7. 1953	Bergamt Bochum 2
Riedl, Johann Gelsenkirchen	B Nr. 13/53 vom 21. 8. 1953	Bergamt Bochum 2
Meier, Wilhelm Kamp-Lintfort	B Nr. 23/53 vom 23. 11. 1953	Bergamt Dinslaken- Oberhausen
Neerfeld, Hermann Oberhausen- Osterfeld	C Nr. 1/52 vom 30. 1. 1952	Bergamt Dinslaken- Oberhausen
Liedtke, Heinrich Rheinhausen/ Hochemmerich	B Nr. 23/53 vom 1. 6. 1953	Bergamt Duisburg

Name u. Wohnort des Inhabers	Muster, Nummer und Datum	Aussteller
Dieckenhoff, Friedr. Essen-Stoppenberg	B Nr. 16/52 vom 1. 4. 1952	Bergamt Essen 1 jetzt Bergamt Essen 2
Röken, Franz Gelsenkirchen- Horst	B Nr. 11/52 vom 13. 3. 1952	Bergamt Essen 3
Schmidt, Jakob Gladbeck-Brauck	B Nr. 23/53 vom 9. 11. 1953	Bergamt Essen 3
Bachmann, Jacob Gelsenkirchen- Schalke	B Nr. 4/52 vom 4. 3. 1952	Bergamt Gelsenkirchen
Meigen, Robert Gelsenkirchen- Horst	B Nr. 11/52 vom 11. 3. 1952	Bergamt Gelsenkirchen
Renner, Herbert Gelsenkirchen- Horst	B Nr. 10/52 vom 11. 3. 1952	Bergamt Gelsenkirchen
Freytag, Wilhelm Ahlen (Westf.)	B Nr. 8/52 vom 27. 3. 1952	Bergamt Hamm
Höing, Herbert Ahlen (Westf.)	B Nr. 5/53 vom 14. 8. 1953	Bergamt Hamm
Dr. Tietze, Walter Heessen	A Nr. 4/52 vom 24. 5. 1952	Bergamt Hamm
Diekmann, Max Spich b. Troisdorf	B Nr. 3/54 vom 10. 5. 1954	Bergamt Köln II
Graf, Anton Steinenbrück	B Nr. 2/51 vom 5. 12. 1951	Bergamt Köln II
Steckel, Hermann Marienrathdorf Unterwesterwald	B Nr. 1/51 vom 15. 10. 1951	Bergamt Köln II
Kahnert, Franz Unterlühs bei Celle	C Nr. 1/53 vom 30. 6. 1953	Bergamt Recklinghausen 2
Limberg, Hermann Herten-Disteln	B Nr. 16/52 vom 18. 3. 1952	Bergamt Recklinghausen 2
Tusche, Anton Obermarsberg	B Nr. 3/52 vom 4. 8. 1952	Bergamt Sauerland
Wortmann, Karl Witten (Ruhr)	B Nr. 9/54 vom 26. 6. 1954	Bergamt Witten

— MBl. NW. 1955 S. 100.

G. Arbeits- und Sozialminister

**Unerlaubte Ausübung des ärztlichen Berufes;
hier: Hans-Jacob Boehm, geb. am 12. April 1903,
in Dietrichswalde, Kreis Allenstein (Ostpr.)**

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 30. 12. 1954 —
III A/1 — 11/22

Wie mir der Senator für Gesundheitswesen in Berlin mitteilt, legt B. zum Nachweis dafür, daß er Arzt ist, folgenden Berechtigungsnachweis (Bestellung als Arzt) vor:

„Nachdem der Kandidat der Medizin

Jan-Jacob Boehm
geb. am 12. April 1898 in Bochum

am 28. Oktober 1928 die ärztliche Prüfung vor dem Prüfungsausschuß in Breslau mit dem Urteil „gut“ bestanden und den Bestimmungen über das praktische

Jahr mit dem 12. Oktober 1929 entsprochen hat, wird ihm hierdurch die

Bestellung als Arzt

mit der Geltung vom 12. Oktober 1929 ab für das Gebiet des Deutschen Reiches gemäß §§ 2 und 3 der Reichsärzteordnung erteilt.

Berlin, den 12. Oktober 1929.

Siegel

Der Reichsminister des Innern

Bestellung

Im Auftrag

für

gez. Name (unleserlich)

Jan Jacob Boehm

Verwaltungsgebühr 10 RM

als Arzt

Nr. 1128.

IV Prüfung Jan Jacob Boehm 1/29.“

Bei dieser Urkunde kann es sich nur um eine Fälschung handeln. Im Jahre 1929 wurden die Approbationsurkunden nicht vom früheren Reichsminister des Innern, sondern von den für die Medizinischen Fakultäten zuständigen obersten Landesbehörden, in Preußen von dem damaligen Minister für Volkswohlfahrt, ausgestellt.

Außerdem wurde zu jener Zeit nicht die „Bestellung“ sondern die „Approbation“ als Arzt nach § 29 der Reichsgewerbeordnung und nicht nach den §§ 2 u. 3 der Reichsärzteordnung erteilt.

Somit dürfte B. nicht berechtigt sein, den ärztlichen Beruf auszuüben oder sich als Arzt zu bezeichnen. Sollte B. vorstellig werden, bitte ich um umgehenden Bericht. Bei Vorlage der oben bezeichneten Urkunde im Original, beglaubigter Fotokopie oder Abschrift bitte ich diese einzuziehen und mir sofort zu übersenden.

An die Regierungspräsidenten,
Landkreise und kreisfreien Städte.

Nachrichtlich:

An die Landschaftsverbände und Ärztekammern.

— MBl. NW. 1955 S. 101.

Ungültigkeitserklärung eines Ausweises für staatlich anerkannte Wohlfahrtspfleger

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 8. 1. 1955 —
IV B/2 — VI/1

Dem Wohlfahrtspfleger Wilhelm Dreber aus Vreden (Westf.), geb. am 30. Dezember 1924 in Warburg, der am 12. April 1951 die staatliche Prüfung als Wohlfahrtspfleger in dem Hauptfach „Jugendwohlfahrtspflege“ vor dem staatlichen Prüfungsausschuß des Sozialpädagogischen Seminars in Dortmund abgelegt hat, ist der von mir mit Wirkung vom 1. Juli 1952 ausgestellte Ausweis über die staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspfleger nach eigenen Angaben in Verlust geraten.

Er wird daher für ungültig erklärt. Einen Ersatzausweis habe ich am 22. November 1954 ausgestellt.

Sollte der für ungültig erklärte Ausweis vorgezeigt werden, so bitte ich die Einziehung und Übersendung an mich zu veranlassen.

An die Regierungspräsidenten
Landkreise und kreisfreien Städte.

— MBl. NW. 1955 S. 102.

Ungültigkeitserklärung von Ausweisen

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 10. 1. 1955 —
III A/1 — 18/1

Der Senator für Gesundheitswesen in Berlin teilt mir folgendes mit:

„Nachstehende Ausweise sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt:

Es wurden entsprechende Ersatzausweise ausgefertigt.

Krankenschwestern:

Sabine Jonas,
geboren am 11. Januar 1912 in Pegnitz (Mittelfranken),
Prüfung bestanden am 28. April 1942
Ersatzausweis ausgestellt am 11. Oktober 1954.

Margot Wolter geb. Gilowicz,
geboren am 2. November 1918 in Allenstein (Ostpr.),
Prüfung bestanden am 9. März 1939
Ersatzausweis ausgestellt am 11. Oktober 1954.

Irmgard Weiß geb. Wiedemeier,
geboren am 4. Januar 1922 in Motzen, Kreis Teltow,
Prüfung bestanden am 30. September 1942
Ersatzausweis ausgestellt am 12. Oktober 1954.

Krankenpflegepersonen:

Waltraut Dannenberg geb. Engel,
geboren am 16. April 1902 in Wilhelmshaven,
Prüfung bestanden im März 1924
Ersatzausweis ausgestellt am 30. September 1954.

Waltraut Krug von Nidda geb. von Wartenberg,
geboren am 31. Januar 1910 in Neuruppin,
Prüfung bestanden am 1. März 1934
Ersatzausweis ausgestellt am 5. Oktober 1954.

Wilhelm Meinert,
geboren am 12. April 1906 in Virtenberg, Kreis Oels,
Prüfung bestanden am 30. September 1929
Ersatzausweis ausgestellt am 11. Oktober 1954.

Luise Göbel geb. Hüllbrock,
geboren am 22. Februar 1913 in Rheda (Westf.),
Prüfung bestanden am 24. Februar 1938
Ersatzausweis ausgestellt am 5. November 1954.

Säuglings- und Kleinkinderschwester (-krankenpflegerin):

Anneliese Heidenreich,
geboren am 6. April 1910 in Friedeberg (Neumark),
Prüfung bestanden am 4. September 1937
Ersatzausweis ausgestellt am 10. November 1954.

Masseuse:

Frieda Joly geb. Hilppmann,
geboren am 18. März 1913 in Treuen (Vogtland),
Prüfung bestanden im Juni 1942
Ersatzausweis ausgestellt am 5. Oktober 1954.

Medizinisch-technische Assistentin:

Erika Grütznert,
geboren am 3. Mai 1923 in Neisse O.S.,
Prüfung bestanden im November 1944
Ersatzausweis ausgestellt am 20. November 1954.

Desinfektor:

Harry Kühn,
geboren am 3. Juni 1920 in Pabianice (Polen),
Prüfung bestanden am 15. Februar 1940
Ersatzausweis ausgestellt am 11. Oktober 1954."

Ich bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

Sollte einer der für ungültig erklärten Ausweise im Original, beglaubigter Fotokopie oder beglaubigter Abschrift vorgelegt werden, so bitte ich ihn einzuziehen und an mich zu übersenden.

An die Regierungspräsidenten,
Landkreise und kreisfreien Städte.

Nachrichtlich:

An die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen.

— MBl. NW. 1955 S. 102.

G. Arbeits- und Sozialminister**F. Minister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten****Zusammenarbeit der Lebensmittelüberwachung mit
dem Landesernährungsamt**

Gem. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers u. d.
Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
v. 11. 1. 1955 — III A 7 — 1367/54

Nach den §§ 1, 2, 5 und 8 des Milch- und Fettgesetzes in der Fassung v. 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811) hat das Landesernährungsamt die Liefer- und Abnahmebeziehungen zwischen Erzeugern und Molkereien, zwischen Molkereien untereinander und zwischen Molkereien und Milchhandel zu regeln. In Fällen, in denen das Inverkehrbringen von Milch und Milcherzeugnissen aus Gründen des Gesundheitsschutzes durch ordnungspolizeiliche Verfügungen von Behörden der Lebensmittelüberwachung im Rahmen ihrer Zuständigkeit nach § 43 Abs. 1 des Milchgesetzes v. 31. Juli 1930 (RGBl. I S. 421) beanstandet oder untersagt wird, ist das Landesernährungsamt unverzüglich über diese Beanstandungen oder Maßnahmen und ggf. über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Maßnahmen zu unterrichten, damit es die zur Aufrechterhaltung der Versorgung notwendigen Verfügungen nach dem Milch- und Fettgesetz rechtzeitig treffen kann. Im Falle unaufschiebbarer Anordnungen ist fermündliche Unterrichtung des Landesernährungsamtes erforderlich.

An die Regierungspräsidenten,
Verwaltungen der Stadt- und Landkreise
des Landes Nordrhein-Westfalen.

— MBl. NW. 1955 S. 104.

J. Minister für Wiederaufbau**Vertragswerk zu den WBB für Eigenheime und
Kleinsiedlungen; hier: Ankaufs-Heimstätten-Vertrag**

Mitt. d. Ministers für Wiederaufbau v. 23. 12. 1954 —
VI B 3 — 5.2 — Tgb.Nr. 3909/54

Der im Antrag, Anlage 1 zu den WBB v. 31. 3. 1954, in der Erklärung des Betreuers erwähnte Ankaufs-Heimstätten-Vertrag, der der Bestellung in Nr. 113 WBB vorgesehenen Heimstätteneigenschaft und des in Nr. 114 WBB vorgesehenen Ankaufsrechts bei Erbbaurechten u. U. der Bestellung eines Heimfallanspruchs dient, ist nunmehr fertiggestellt und wird in Kürze bei den bekannten Verlagen, die schon bisher die amtlichen Musterverträge vertrieben haben, zur Verfügung stehen. Er ist im Hinblick auf die verschiedenen Anwendungsfälle aufgeteilt in einen

Heimstätten-Vertrag	9 a
Ankaufs-Vertrag	9 b
Erbbau-Heimstätten-Vertrag	9 c
Vertrag zur Änderung eines Erbbauvertrages	9 d

Ich weise darauf hin, daß bei Landesdarlehen, die auf Grund der WBB zur Förderung des Baues von Eigenheimen und Kleinsiedlungen bewilligt worden sind, nach Nr. 89 WBB der Abschluß des nach dem Bewilligungsbescheid in Betracht kommenden Vertrages Voraussetzung für die Auszahlung der Landesdarlehen ist.

Bezug: a) Bestimmungen über die Förderung des sozialen Wohnungsbaues im Lande Nordrhein-Westfalen (WBB), RdErl. v. 31. 3. 1954 — VI A 3/4 — 4.02/4.03 — Tgb.Nr. 1260/54 MBl. NW. S. 679 ff. —

b) RdErl. v. 23. 12. 1954 — IV B 3—5.2 Tgb.Nr. 3909/54

— MBl. NW. 1955 S. 104.

Einzelpreis dieser Nummer 0,30 DM.

Einzellieferungen nur durch den Verlag gegen Voreinsendung des Betrages zuzgl. Versandkosten (pro Einzelheft 0,15 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf.
(Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)